Beschluss der Teilnehmer*innen der 1. Tagung des 10. Kreisparteitages

Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen!

Rechtsextreme Parteien und ihre Verbündeten, allen voran die so genannte Alternative für Deutschland (AfD), setzen in ihren politischen Auseinandersetzungen wie auch in ihrem konkreten Handeln auf menschenfeindliche Diskurse. Sie bedienen Ressentiments, die sich gegen Menschen richten, die laut ihrer Ideologie vermeintlich anders denken, anders leben und anders lieben, gegen Menschen, die sich Kulturen und Religionen verbunden fühlen, die nicht zu ihrer Fantasie einer Gleichartigkeit dieser Region hier passen. Sie verachten die demokratische Verfassung. Mitbestimmung ist für sie lediglich das Mobilisieren von Verachtung von Politik und Demokratie, von Hass und Zerstörung gesellschaftlicher Institutionen.
Die AfD ist eine Partei, die sich faschistischer Erzählungen und Rituale bedient. Zu Recht diskutiert die Gesellschaft über ein Verbot. Eine Zusammenarbeit mit solch einer Partei darf für Demokratinnen und Demokraten nicht in Frage kommen. Auch eine Übernahme ihrer Rhetorik und Methoden zum Zwecke des eigenen Vorteils und Machtkalküls darf für Demokratinnen und Demokraten kein Mittel sein. Hetze gegen Minderheiten, benachteiligte Menschen, demokratische Institutionen und die Zivilgesellschaft werden nicht akzeptabler, wenn sie von der Mitte der Gesellschaft übernommen, toleriert und verbreitet werden.
Die Gefahr ist groß, dass diese Partei, einschließlich der ihr verbundenen Bewegungen, zur Landtagswahl 2026 starke Zustimmung erfährt, möglicherweise sogar stärkste Partei werden kann. Das können und wollen wir nicht akzeptieren. Ebenso werden wir uns von diesem Bedrohungsszenario nicht einschüchtern und in die Untätigkeit treiben lassen.

Deshalb werden wir:

1. den bevorstehenden Wahlkampf nutzen, um mit Menschen direkt ins Gespräch zu kommen, tatsächliche Sorgen und Notlagen aufzugreifen, gleichermaßen aber auch für demokratische Prozesse wie auch Humanismus und Menschlichkeit zu werben.

2. Spaltungsbemühungen mit der klaren Haltung von Verbindung zwischen Menschen entgegentreten und dort Gemeinsamkeiten suchen, wo keine roten Linien beschritten werden. Dazu ist es wichtig, dass wir uns mit uns selbst und unseren Positionen und Privilegien in dieser Gesellschaft auseinandersetzen (bzgl. jeder Form von Diskriminierung) und dass wir die Zwänge und Freiheiten verstehen, die

wir selbst haben und die unsere Gegenüber haben. Nur, wenn wir dafür ein Verständnis entwickelt, gelingt echte Verbindung, statt Spaltung.

3. die demokratischen Parteien – die CDU, die SPD, Bündnis 90| GRÜNE und Die Partei hier in unserem Landkreis auffordern, Klarheit und Verbindlichkeit zu schaffen, eine Zusammenarbeit mit der AfD auszuschließen. Dazu gehört, den Überbietungswettbewerb mit der AfD zu beenden und zu einem zivilisierten Diskurs zurückzukehren, der nicht auf gesellschaftliche Spaltung und Hass setzt.

4. für eine wirkliche solidarische und gleichermaßen gerechte und demokratische Gesellschaft im bevorstehenden Wahlkampf kämpfen – gemeinsam und niemals allein!

Wetzendorf, 11. Oktober 2025